



Sachbearbeitung	ABI - Ältere, Behinderte und Integration		
Datum	06.06.2011		
Geschäftszeichen	ABI/St.		
Beschlussorgan	Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales	Sitzung am 29.06.2011	TOP
Behandlung	öffentlich		GD 238/11

---

Betreff: Verlängerung der Budgetvereinbarung mit der Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen und Familienplanung des Vereins Familienplanung e.V.

Anlagen: 3

**Antrag:**

Der Verlängerung der Budgetvereinbarung für die Jahre 2012 bis 2014 zuzustimmen.

Lang Walter

---

Genehmigt:	Bearbeitungsvermerke Geschäftsstelle des Gemeinderats:
BM 2,C 2,RPA,ZS/F _____	Eingang OB/G _____
_____	Versand an GR _____
_____	Niederschrift § _____
_____	Anlage Nr. _____

## Sachdarstellung:

Zusammenfassende Darstellung der finanziellen Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen:	ja
Auswirkungen auf den Stellenplan:	nein

MITTELBEDARF			
INVESTITIONEN / FINANZPLANUNG (Mehrjahresbetrachtung)		ERGEBNISHAUSHALT laufend	
<b>PRC: Projekt / Investitionsauftrag:</b>			
Einzahlungen	€	Ordentliche Erträge	€
Auszahlungen	€	Ordentlicher Aufwand	40.500 €
		<i>davon Abschreibungen</i>	€
		Kalkulatorische Zinsen (netto)	€
Saldo aus Investitionstätigkeit	€	Nettoressourcenbedarf	40.500 €
MITTELBEREITSTELLUNG			
<u>1. Finanzhaushalt 2011</u>		2011	
Auszahlungen (Bedarf):	€	<b>innerhalb</b> Fach-/Bereichsbudget bei <b>PRC 4140-620, L62041400800</b>	40.500 €
Verfügbar:	€		
<b>Ggf. Mehrbedarf</b>	€	<b>fremdes</b> Fach-/Bereichsbudget bei: <b>PRC</b>	€
Deckung Mehrbedarf bei PRC			
PS-Projekt 7	€	Mittelbedarf aus <b>Allg. Finanzmitteln</b>	€
bzw. Investitionsauftrag 7	€		
<u>2. Finanzplanung 2012 ff</u>			
Auszahlungen (Bedarf):	€		
i.R. Finanzplanung veranschlagte Auszahlungen	€		
Mehrbedarf Auszahlungen über Finanzplanung hinaus	€		
Deckung erfolgt i.R. Fortschreibung Finanzplanung			

Der Verein Familienplanung e.V. betreibt seit 1974 die Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen und Familienplanung und wurde 1976 vom Land Baden-Württemberg als Beratungsstelle nach § 219 StGB anerkannt. Eine finanzielle Förderung durch die Stadt Ulm erfolgt seit dem Jahr 1974.

Für die Jahre 1999 – 2003 wurde zwischen der Stadt Ulm und der Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen und Familienplanung bereits eine Budgetvereinbarung vereinbart, die aufgrund von Umstrukturierungen bei der Beratungsstelle und der damals schwierigen Finanzlage der Stadt Ulm nicht verlängert wurde.

Ab dem Jahr 2009 wurde wiederum eine dreijährige Budgetvereinbarung mit einer Laufzeit bis 31.12.2011 abgeschlossen.

Ab dem Jahr 2012 ist erneut die Verlängerung der Budgetvereinbarung (Anlage 1) vorgesehen. Hierzu wurden gemeinsam mit der Beratungsstelle Kennzahlen definiert, anhand derer die Wirksamkeit der Dienstleistungen dargestellt werden kann (Anhang 2 zur Budgetvereinbarung).

Nach der Haushaltskonsolidierung erniedrigte sich der städtische Zuschuss an die Beratungsstelle auf 46.000 € im Jahr 2010 und ab 2011 auf 40.500 €.

Die Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen und Familienplanung beschäftigt derzeit 5,35 hauptamtliche Fachkräfte, außerdem steht eine 0,75 Stelle für die Verwaltung zur Verfügung. In diesen 5,35 Fachkraftstellen ist eine vom Land Baden-Württemberg geförderte 1,00 Fachkraftstelle für den Bereich Informations- und Vernetzungsstelle Pränataldiagnostik befristet für den Zeitraum von August 2010 bis Juni 2013 enthalten.

Ab Sept.2009 wurden aufgrund des hohen Arbeitsaufkommens zusätzlich 0,6 Stelleanteile durch das Sozialministerium bewilligt. Bedingt durch den Umzug im Mai 2011 von der Schelergasse in die Schwambergerstraße wird mit einer erhöhten Miete gerechnet. Der Jahresbericht 2009 (Anlage 2) und eine Übersicht über die Haushaltsentwicklung 2007 bis 2011 (Anlage 3) liegen bei.

Wir bitten der Verlängerung der Budgetvereinbarung mit der Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen und Familienplanung zuzustimmen, um eine ordnungsgemäße und vollständige Aufgabenerfüllung und Versorgung der Ratsuchenden zu gewährleisten.